

Informationsdienst des CGB

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Bundestagswahl – neue Bundesregierung –und nun?

Das Ergebnis der Bundestagswahl mit dem insgesamt dürrtigen Abschneiden der alt eingesessenen Volksparteien und die Probleme, welche die Bildung der neuen Bundesregierung bestimmen werden, werfen schwierige Fragen für die Gestaltung der Zukunft in Deutschland auf. Wie immer man zu Friedrich Merz steht, in einem hat er Recht, die Welt wartet nicht.

Die Entwicklung im Krieg in der Ukraine durch die Europa und die europäische Politik und damit auch Deutschland deutlich an Bedeutung verloren hat, seit drei Weltmächte sich ihrer Position besinnen und die Welt so gestalten und aufteilen, wie es ihnen gefällt, zeigt, dass Deutschland nicht den Luxus hat, sich lange Zeit mit sich selbst und der Regierungsbildung zu beschäftigen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt vor allen Dingen eins, dass sich die Zersplitterung und das Auseinanderdriften der Gesellschaft jetzt im Parlament widerspiegeln. Ein großes Problem für unsere Demokratie ist auch das Erstarken der rechten und linken Ränder. Mit dem Wahlergebnis der AfD und der Linken, sowie des knapp gescheiterten BSW besetzen diese Extreme rund 32 Prozent des Gesamtergebnisses. Der Raum für die Mitte wird also kleiner und es ist letztlich nur dem Umstand, dass das BSW knapp gescheitert ist zu verdanken, dass eine stabile Regierung überhaupt im Bereich des Möglichen ist.

Das Vertrauen in die Regierung der vergangenen Legislaturperiode ist derart gesunken, dass inzwischen eine reale Gefahr für die Demokratie in unserem Land entstanden ist. Unabhängig von der Konstellation der neuen Bundesregierung wird eine der Hauptaufgaben sein, die Risse in der Gesellschaft zu schließen und den bisherigen Zustand wieder zu verändern. Dabei helfen definitiv keine markigen Sprüche, sondern Sachverstand und der Wille auch die sozialen Probleme der Beschäftigten von Inflation über bezahlbares Wohnen und Klimaneutralität bis zur Sorge um die Arbeitsplätze zu lösen.

Verlorengegangenes Vertrauen kann aber nur langsam, Stück für Stück wieder zurückgewonnen werden. Die Politik muss den mehr oder weniger leeren Worthülsen des Wahlkampfes endlich Taten folgen lassen. Die Zukunft unserer Demokratie entscheidet sich auch an dem Handlungswillen der Verantwortlichen und dem daraus folgenden Tun. Wir als CGB werden diesen Progress unterstützen, denn Demokratie ist kein Geschenk, sie muss von jedem in der Gesellschaft jeden Tag erarbeitet werden.

Reiner Jahns
CGB-Bundesvorsitzender

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Februar 2025



Reiner Jahns
Bundesvorsitzender

Was ist aus der Zeitenwende geworden?



Die Ampel Regierung ist seit der Bundestagswahl Geschichte. Auch beim Wähler ist sie krachend gescheitert. Der ehemalige Bundeskanzler Olaf Scholz prägte den Begriff "Zeitenwende" nach dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Er sollte einen Wendepunkt in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik markieren, der tiefgreifende Veränderungen in verschiedenen Bereichen nach sich ziehen sollte

Durch den russischen Angriff auf die Ukraine ist die europäische Sicherheitsordnung grundlegend erschüttert worden und machte die Notwendigkeit einer stärkeren Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas deutlich. Ebenso tiefgreifend waren die Auswirkungen auf den Energiesektor, vor allem unter dem Gesichtspunkt der inflationären Verteuerung. Dies hatte selbstverständlich gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsplätze.

Aber ist in Deutschland konkret etwas passiert?

Bis auf ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das für die Bundeswehr bereitgestellt wurde, ist wenig geschehen. Hinzu kommt, dass das Beschaffungswesen der Bundeswehr immer noch nicht effizient gestaltet wurde, was alle Vorgänge bremst. Im Ergebnis ist bisher wenig von dem Sondervermögen real bei den Streitkräften angekommen.

Damit ist das Ziel, die Bundeswehr wieder in die Lage zu versetzen, Deutschland und seine Verbündeten effektiv zu verteidigen, bisher nicht erreicht worden. Allein eine neue Nationale Sicherheitsstrategie zu beschließen dürfte ohne konkrete Umsetzung zu wenig sein.

Die damalige Bundesregierung hat Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen getroffen. Diese beinhalteten auch die Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien. Tatsächlich ist es gelungen mit einem Energiemix die Abhängigkeit von Russland zu beenden. Dafür sind andere Abhängigkeiten entstanden und ob der endgültige Ausstieg aus der Atomenergie sinnvoll ist, so lange benachbarte EU Staaten diese nicht nur behalten, sondern forciert ausbauen, ist fraglich. Insbesondere wenn wir je nach Sachlage Atomstrom importieren müssen. Hinzu kommt eine unwirtschaftliche Ver-

folgung der energetischen Sanierung im Häuserbau, die zu mehr Kosten als CO2 Reduzierung führte. Es ist problematisch die steigenden Mieten und Baukosten politisch anzuprangern, wenn durch eigenes Handeln diese zum großen Teil mitverursacht wurde.

Auch das belastet die Wirtschaft und die Beschäftigten, denn diese Kosten können von den Beschäftigten nur über ein höheres Einkommensniveau getragen werden. Das wiederum führt zu Preissteigerungen und die Spirale dreht sich weiter. Im Ergebnis ist in den Jahren der Ampelregierung hier nichts gewonnen worden, im Gegenteil die Klimaziele sind strukturell weiter weg als vorher.

Die alte Bundesregierung wollte die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit stärken. Dies scheint insgesamt nur teilweise von Erfolg gekrönt zu sein. Der Streit in der EU ist erst mit der Amtseinführung des neuen US Präsidenten abgeflaut, nachdem dieser klar gemacht hat, dass sich Europa nicht mehr wie bisher auf die USA verlassen kann. Die Umsetzung der Zeitenwende erfordert aber eine enge, vor allem freiwillige Zusammenarbeit mit allen europäischen Partnern. Insofern muss die neue Bundesregierung mehr Überzeugungsarbeit leisten, als es der alten gelungen ist.

Da die Zeitenwende ist ein laufender Prozess, dessen langfristige Auswirkungen noch nicht absehbar sind ist, muss die neue Bundesregierung den Spagat schaffen, diese sachlich und vernünftig weiter zu entwickeln ohne die wenigen positiven Aspekte der Vorgängerregierung zu entwerfen. Nach wie vor erfordert die Gestaltung der Zukunft Deutschlands eine Neubewertung der deutschen Rolle in der Welt und eine Anpassung an die veränderte Sicherheitslage. Wir als CGB werden die neue Bundesregierung im sozialen und arbeitsmarktpolitischen Bereich da unterstützen, wo sachlich vernünftige Entscheidungen getroffen werden, die positive Auswirkung auf die Beschäftigten haben.

Kommentar Generalsekretär im Februar 2025

* * * *

Aus den Gewerkschaften

Equal Pay Day 2025: Fortschritt in Richtung Lohngerechtigkeit



Am 7. März 2025 ist Equal Pay Day – ein symbolischer Marker für den Gender Pay Gap in Deutschland. Während dieser 2023 noch bei 18 Prozent lag, zeigen die aktuellen Zahlen für 2024 einen Rückgang auf 16 Prozent. Das ist ein bedeutender Fortschritt für Lohngerechtigkeit!

Durch diese positive Entwicklung wird der Equal Pay Day im Jahr 2026 bereits am 27. Februar stattfinden. Unter diesem Motto stellt die diesjährige Equal Pay Day Kampagne den Zusammenhang zwischen Lohn-

transparenz und dem Gender Pay Gap in den Mittelpunkt. Fehlende Transparenz führt oft dazu, dass Lohnunterschiede und Entgeltdiskriminierung un bemerkt bleiben. Doch wie beeinflussen Stereotypisierung, Diskriminierung und fehlende Entgelttransparenz einander? Kann mehr Transparenz dazu beitragen, diese Ungleichheiten zu verringern? Und welche Vorteile bringt das für möglichst viele Arbeitnehmerinnen? Ein konkreter Anlass für die Diskussion ist die bevorstehende Umsetzung der europäischen Entgelttransparenzrichtlinie in deutsches Recht bis 2026. Diese verpflichten Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen dazu, klare Kriterien für die Entgeltgestaltung zu definieren und offenzulegen. Ein bedeutender Schritt in Richtung Equal Pay!

Man hört immer wieder "Es gäbe keine Gender Pay Gap" und "Frauen sind selbst schuld" und "Männer arbeiten einfach mehr - solche Aussagen begegnen uns immer wieder. Natürlich muss man hier differenzieren, es geht hier vor allem um „equal work for equal pay“. Als Gewerkschaft, die sich für rechtliche Gleichstellung und faire Entlohnung einsetzt, sind wir oft mit Fehlinformationen und Widerständen konfrontiert, sei es in Social Media, politischen Debatten oder privaten oder öffentlichen Gesprächen oder in Verhandlungen.

Auskunftsanspruch für Beschäftigte: Ein Recht auf Transparenz

Dank des individuellen Auskunftsanspruchs haben Beschäftigte in Unternehmen und Dienststellen mit über 200 Mitarbeiterinnen das Recht, Informationen über die Kriterien und Verfahren ihrer Entlohnung zu erhalten. Zudem können sie eine Vergleichstätigkeit heranziehen und das Median-Gehalt des jeweils anderen Geschlechts erfragen - vorausgesetzt, die Vergleichstätigkeit wird von mindestens sechs Personen dieses Geschlechts ausgeübt. Mit seinem Grundsatzurteil vom 21. Januar 2021 stellte das Bundesarbeitsgericht klar: Verdient eine Frau weniger als den Median der männlichen Kollegen, gilt das als Indiz für eine geschlechtsbedingte Entgeltbenachteiligung. In diesem Fall liegt es am Arbeitgeber, das Gegenteil zu beweisen.

Fazit: Entgelttransparenz als Schlüssel zu Equal Pay

Die Einführung verbindlicher Transparenzmaßnahmen ist ein entscheidender Hebel zur Schließung des Gender Pay Gaps. Der Fortschritt ist sichtbar – doch es bleibt noch viel zu tun. Gemeinsam sollten wir uns für ein faires und diskriminierungsfreies Entgeltsystem einsetzen.

INFO DHV im März 2025

* * * *

Christliche Gewerkschaft CGPT gegen Verkauf der Post und Telekom Aktien



Der Neuberufene Chef der Monopolkommission der Bundesregierung Tomaso Duso empfiehlt dem Bund den Verkauf der Post und Telekom. Die Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation (CGPT) lehnt diesen Vorstoß rigoros ab. Dieser neoliberale Vorschlag soll nur kurzfristig der Bundesregierung Einnahmen bringen, so die CGPT.

Der Bund muss unbedingt Einfluss bei der Telekom und der Post durch sein Aktienpaket wahren. Es kann nicht sein, dass eine künftige Bundesregierung keinen Einfluss mehr auf Telekommunikation und ein Postunternehmen hat. Das könnte sich bei deren internationaler Expansion und Sichtweise einmal schwer rächen, so die CGPT.

INFO CGPT im Februar 2025

* * * *

Super Stimmung beim ersten CGBCE - Hallencup in Dormagen – ein voller Erfolg für die jugendlichen Kicker und die CGBCE



Am Samstag, den 18. Januar 2025, wurde erstmals der CGBCE-Hallencup ausgespielt. Dieses von der



Christlichen Gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (CGBCE) gesponsert e Fußballturnier zog viele Nachwuchskicker aus der D-Jugend an. Ausgetragen wurde das Turnier in Dormagen und war ein voller Erfolg. Neben dem Namen sponserte die Gewerkschaft die Pokale und Medaillen.

Über den Tag verteilt kamen mehrere hundert begeisterte Zuschauer zum CGBCE-Hallencup, um die spannenden Spiele zu verfolgen und ihre Teams anzufeuern. Insgesamt nahmen 16 Mannschaften teil. Diese traten in zwei Turnieren mit jeweils acht Teams gegeneinander an. Gespielt wurden am Vormittag der 20i4erTurnier und am Nachmittag das 2013er Turnier.

Die Spieler zeigten vollen Einsatz. und es gab viele packende Duelle, sehenswerte Tore und spannende Endspiele. Die Stimmung in der Halle war großartig, die Zuschauer fieberten mit, und die Atmosphäre war geprägt von Fairplay und sportlichem Ehrgeiz. Das Furnier am Vormittag konnte die Mannschaft des VFR Stommeln gewinnen- Am Nachmittag beendete das Team des TSG Delhoven Straberg als Sieger das Turnier.

Besonders erfreulich war das positive Feedback von Spielern, Zuschauern und Organisatoren. Viele lobten die professionelle Organisation und den reibungslosen Ablauf des Turniers.

Auch das Engagement der Gewerkschaft wurde besonders hervorgehoben, da sie mit ihrer Unterstützung dazu beitrug, dass der Hallencup in dieser Form überhaupt möglich war. Alle waren rundum zufrieden und würden sich freuen wiederzukommen zu dürfen.

INFO CGBCE im Februar 2025

* * * *



Nachruf Günter Eickmeier

Mit großer Betroffenheit haben wir erfahren, dass unser geschätzter Kollege Günter Eickmeier am Freitag, den 24.01.2025 nach langer und schwerer Krankheit für immer von uns gegangen ist.

Günter war ein engagierter christlicher Gewerkschafter, dem die Gewerkschaftsarbeit viel Freude bereitete und die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stets ein Herzensanliegen war.

Über viele Jahrzehnte seines Lebens hat Günter auf Landes- und Bundesebene die Arbeit der Christlichen Gewerkschaften und vor allem des Beschäftigtenverband Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (BIGD) mitbestimmt.

Bereits seit dem Jahr 2000 engagierte sich Günter in der Christlichen Gewerkschaft Deutschlands (CGD). 2003 wechselte er in den BIGD und arbeitet dort über viele Jahre engagiert im Vorstand mit. 2013 wurde er zum Bundesvorsitzenden der BIGD gewählt und auf dem Bundeskongress 2018 mit großer Mehrheit als

Vorsitzender der BIGD wiedergewählt. Seit mehr als einem Jahrzehnt gehörte Günter Hauptausschuss des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) an. Seit 2009 engagierte sich er sich zudem im Bundesvorstand des CGB.

Mit Günter Eickmeier verlieren wir einen engagierten, herzlichen und immer hilfsbereiten Gewerkschaftskollegen und Freund. Unser besonderes Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Angehörigen. Wir wünschen ihnen viel Kraft und Gottes Segen in dieser schweren Zeit.

Wir werden Günter stets ein ehrendes Andenken bewahren!

* * * *



Tiefe Trauer über den Anschlag auf eine Gewerkschaftskundgebung in München

In München ist ein Mann mit seinem Fahrzeug in eine Kundgebung der Gewerkschaft ver.di gefahren und hat mehrere Menschen schwer und zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Der CGB verurteilt solche Anschläge aufs Schärfste und drückt den Verletzten und ihren Familien sein Bedauern und seine Betroffenheit aus.

Der Generalsekretär des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) Christian Hertzog sagte hierzu." Wir sind bestürzt und tief betroffen über die Geschehnisse in München.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Betroffenen und ihren Angehörigen.

Wir drücken auf diesem Weg unseren Respekt und unsere Betroffenheit aus. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen."

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Meeraner Straße 7 * 12681 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Camilla Antoniotti

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.